

(12.07.2019 – 25.07.2019)

# Grüner Pressespiegel

Dr. Bettina Hoffmann, MdB

## 25.07.2019 – Der Grüne Hitzeaktionsplan zur Vermeidung hitzebedingter Gesundheitsschäden

Die Klimakrise ist eine Gefahr für die menschliche Gesundheit. 2018 gab es allein in Hessen und Berlin über 1000 hitzebedingte Sterbefälle. Durch die Klimakrise werden Hitzewellen immer häufiger. Auf die dadurch verursachten Gesundheitsschäden ist die Bundesregierung nur unzureichend vorbereitet. In einem Grünen Hitzeaktionsplan stellen wir zusammen, was passieren muss, um unsere Gesundheit vor Hitze zu schützen.

Der Lancet Countdown, herausgegeben vom Ständigen Ausschuss der Ärzte der Europäischen Union, bezeichnet den Klimawandel als die größte Bedrohung für die Gesundheit im 21. Jahrhundert. Im vergangenen Jahr waren 18 Millionen mehr besonders gefährdete Personen Hitzewellen ausgesetzt als noch 2016. Im Vergleich zum Jahr 2000 waren es sogar 157 Millionen mehr. Vor allem ältere Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen, aber auch Kleinkinder bekommen die Klimaerhitzung am eigenen Leib zu spüren. Sie sind anfälliger für Hitzekrämpfe oder Dehydrierung und leiden vermehrt unter Herz-Kreislaufkrankungen.

Die Bundesregierung belässt es bisher bei unverbindlichen Handlungsempfehlungen für die Erstellung von Hitzeaktionsplänen und wälzt die Verantwortung für eine Anpassung an Extremwetterereignisse auf die Länder und Kommunen ab. Um den Schutz der Bürgerinnen und Bürgern in der Breite sicherzustellen braucht es jedoch eine einheitliche Strategie, wie wir sie im Grünen Hitzeaktionsplan skizzieren.

Es muss sichergestellt werden, dass Bürgerinnen und Bürger einen einfachen Zugang zu bundeseinheitlichen Informationen zum Umgang mit Hitzewellen haben, etwa durch ein bundesweites Beratungstelefon. Gesundheitseinrichtungen müssen besser an Hitzeereignisse angepasst werden, etwa in dem „kühle Räume“ oder ein besseres Raumklima durch Gebäudeanpassungen geschaffen werden. Das Thema Klimawandel und Gesundheit sollte angesichts der weiter zunehmenden Relevanz in Medizinstudiengängen stärker berücksichtigt werden. Auch städtebauliche Anpassungen sind notwendig, um hitzebedingte Gesundheitsschäden zu vermeiden. Innenstädte, die teilweise bis zu 8 Grad heißer sind als das Umland, machen deutlich, dass wir das Leben in Städten neu denken müssen. Wir wollen, dass es auch im Sommer weiterhin möglich ist, sich im Freien und

nicht nur in klimatisierten Innenräumen aufzuhalten. Damit Städte nicht zu Hitzeinseln werden, müssen sie zum Wohl des Klimas und der Menschen begrünt, mit öffentlichen TrinkBars für eine flächendeckende und kostenlose Versorgung mit Trinkwasser ausgestattet und durch Frischluftschneisen gekühlt werden. Wasserflächen und Parks oder Gründächer und –fassaden wirken wie natürliche Klimaanlage. Um bei der Finanzierung solcher Maßnahmen zu unterstützen, soll der vorsorgende Gesundheitsschutz gegen klimawandelbedingte Überhitzung in das Bund-Länder-Programm Soziale Stadt integriert und ein neues Bund-Länder-Programm Grüne Infrastrukturen in der Städtebauförderung etabliert werden.

Dazu erklärt Bettina Hoffmann, Sprecherin für Umweltgesundheit:

„Die Klimakrise stellt eine zunehmende Gefahr für die menschliche Gesundheit dar, die Fakten sprechen eine klare Sprache. Während etwa in Frankreich schon seit längerem ein Hitzeaktionsplan auf nationaler Ebene koordiniert wird, wälzt die Bundesregierung ihre Verantwortung für den Schutz vor hitzebedingten Gesundheitsschäden auf die Länder und Kommunen ab.“

Die bisherigen unverbindlichen Handlungsempfehlungen der Bundesregierung reichen nicht aus. Zum Schutz der Menschen vor Hitzewellen müssen jetzt konkrete Maßnahmen eingeleitet werden.

Die Regierung muss dafür sorgen, dass alle Bürgerinnen und Bürger einen einfachen Zugang zu bundeseinheitlichen Informationen zum Umgang mit Hitzewellen haben, etwa durch ein bundesweites Beratungstelefon. Das Thema Klimawandel und Gesundheit muss in Medizinstudiengängen viel stärker berücksichtigt werden.“

*Rathausfraktion*

## 24.07.2019 – Grüne zum Filmen von Polizist\*innen im Dienst: Öffentliche Kontrolle ist wichtig

„In der öffentlichen Berichterstattung über die Demo gegen rechts könnte der falsche Eindruck entstehen, dass das Filmen von Polizeibeamt\*innen im Dienst grundsätzlich rechtswidrig oder nur Journalist\*innen vorbehalten sei“, kommentiert Boris Mijatovic, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Rathaus, einen Artikel der HNA mit dem Titel „Filmen verboten“. „Doch es gibt ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das diese Auffassung bereits widerlegt und es ist im Rahmen der öffentlichen Kontrolle auch wichtig, dass Bürger\*innen

die Möglichkeiten haben, in Fällen des Fehlverhaltens dies zu dokumentieren. Der befragte Anwalt Knuth Pfeiffer scheint hier einem Irrtum zu unterliegen, wenn er die Grenzen für Bildaufnahmen so eng setzt.“

„Polizeibeamte nehmen eine wichtige Aufgabe in unserem Land wahr und verdienen für ihre Arbeit unseren allergrößten Respekt. Gerade für den friedlichen Verlauf der Demo am Samstag danken wir allen Ordnungskräften für ihren Einsatz“, so Mijatovic weiter. „Für das Vertrauen in das Gewaltmonopol gehört in unserer demokratischen Gesellschaft Transparenz und öffentliche Kontrolle dazu. Mögliches Fehlverhalten muss identifiziert und aufgearbeitet werden können. Das ist auch im Sinne der Einsatzkräfte. Die auf Landesebene vorangetriebene Verbesserung der Personalsituation und die Einführung der Kennzeichnungspflicht zeigen, dass sich Vertrauen und Kontrolle nicht ausschließen, sondern Stärken unserer Gesellschaft sind.“